



EUROPA

EU-Interessenvertretung

WKÖ-EU-Hauptstadtnetzwerk: Zur richtigen Zeit am richtigen Ort

Auf EU-Ebene werden bis zu 80% aller wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entschieden. Im Rat der EU urteilen die Fachminister auch nach innerstaatlichen Überlegungen. Somit ist EU-Politik immer wieder Innenpolitik der Mitgliedstaaten.

EU-Politik ist Innenpolitik

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) hat in den letzten Jahren über die jeweiligen Ratspräsidentschaften (Frankreich 1. Halbjahr 2022, Tschechien 2. Halbjahr 2022, Schweden aktuell und Spanien demnächst) ein Netzwerk mit strategischen und strukturierten Zugängen nach Paris, Prag, Stockholm und – im Aufbau – Madrid geschaffen. Dabei geht es um „like-minded“ Partner, die die Sichtweisen und Anliegen der österreichischen Wirtschaft gegenüber EU-Brüssel teilen und vertreten. Zu diesen Stakeholdern aus Sicht der WKÖ gehören Partnerverbände, Thinktanks sowie weitere Gestalter bei europäischen Themen.

European Green Deal: Ziele klar, Wege weit

Wir erleben jeden Tag aufs Neue, wie sehr sich die Welt und somit auch Europa im Umbruch befinden. Aus Sicht der Umweltpolitik überragt der Europäische Grüne Deal alle anderen Themen. Mit dieser Initiative der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen soll Europa den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft schaffen. Das Ziel ist zwar artikuliert, doch der Weg dorthin ist in vielen Bereichen noch offen und unbeschrieben. Die bisherigen Gespräche und Initiativen der WKÖ-Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik mit Partnern in Paris, Prag und Stockholm haben ganz klar gezeigt, dass die Vorstellungen in den EU-Hauptstädten bei der Zielerreichung durchaus divergieren und der Aufbau von gezielten Partnerschaften von Nutzen sein kann.

CBAM kommt eigentlich aus Frankreich

Noch vor dem Ukraine-Krieg hatte Frankreich ganz klare Vorstellungen, wie der Grüne Deal in Europa und für die Wirtschaft umzusetzen sei. So stammt etwa das Konzept zum in der heimischen Wirtschaft umstrittenen Vorschlag des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM, Klimazoll) aus Frankreich. Frankreich leidet ähnlich wie Großbritannien unter einer Tendenz zur De-Industrialisierung. Aufgrund der in Frankreich gegenüber Österreich wesentlich niedrigeren Exportquote in Märkte außerhalb der EU hat etwa die Automobilindustrie Frankreichs deutlich weniger Probleme mit dem CBAM und der Dekarbonisierung in der Wirtschaft als die österreichischen Zulieferbetriebe, die CO₂-Vorgaben bei ihren Komponenten erfüllen müssen. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie unterschiedlich die einzelnen Zugänge bei EU-Gesetzesvorhaben zwischen den Mitgliedstaaten sein können.

Energiewende-Plattform neuralgisch

Auch gibt es in Paris Organisationen und Anlaufstellen, die Kraft ihrer Expertise und politischen Zugänge unmittelbar auf den Brüsseler EU-Gesetzgebungsprozess Einfluss nehmen. Dazu gehört das deutsch-französische

Büro für die Energiewende (DFBEW). Es beschäftigt sich mit Themen im Bereich der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor, der Energieeffizienz, der Systemintegration der neuen Technologien und damit zusammenhängenden Fragen, die im gemeinsamen Interesse beider Länder stehen. Mit dieser in Europa einzigartigen Schnittstelle ergibt sich eine besondere Position bei der Politikgestaltung auf EU-Ebene. Auch der österreichische Verbund beteiligt sich an dieser Plattform.

Tschechien offen für Input

Ganz anders dagegen fielen die Termine während der tschechischen Ratspräsidentschaft aus. Hier überschattete bereits der Ukrainekrieg und Tschechiens prononcierter Standpunkt zur Verteidigung gegen Russland sämtliche Expertengespräche. Nicht zuletzt deswegen gaben sich die Tschechen im Hinblick auf die Gestaltung des grünen Übergangs wesentlich pragmatischer. Ideologie spielte kaum eine Rolle, sondern vorwiegend die Machbarkeit. Die Ziele wurden, wie auch von der WKÖ, nicht in Frage gestellt, aber sehr wohl der Weg dorthin. Dies zeigte sich bei grundsätzlichen Fragen wie der Technologieneutralität und dem Aus für Verbrennungsmotoren. Tschechien und Österreich sind nicht nur Nachbarn, sondern auch von der Bedeutung und dem Einfluss innerhalb der EU vergleichbar. Prags Verbände und Thinktanks sind Partner auf gleicher Augenhöhe. Die WKÖ mit ihrer Unternehmersicht wurde während der Hauptstadt-Termine unter der Federführung von WKÖ-Abteilungsleiter Jürgen Streitner in Prag als wichtige Verbündete bei Fragen der Dekarbonisierung und gegen die Deindustrialisierung gesehen. Beiderseitig wird die Wirtschaft als Teil der Lösung und nicht als primäres Problem wahrgenommen.

Schweden funktioniert „bottom-up“

Die schwedische Ratspräsidentschaft geht wiederum einen ganz anderen Weg als Paris und Prag. Staatliche Agenturen bereiten die Inhalte für die Regierung eigenverantwortlich und ohne Einflussnahme auf. Die Beamtenschaft verfügt thematisch über mehr Gestaltungsmöglichkeiten als die Regierungsvertreter. Wir erinnern uns: Schwedens Corona-Politik wurde gänzlich vom Geschäftssystem getragen. Politiker stellen sich vor ihre Beamten und lassen sie ihre Arbeit machen. Aus dieser politischen

Kultur heraus ergaben sich hochkarätige Gespräche mit hohen Beamt:innen und auch direkt mit Regierungsvertreter:innen. Eine weitere schwedische Besonderheit sind Stiftungen, die sich zwar öffentlich zurückhalten, aber über beträchtlichen Einfluss bis hin nach Brüssel verfügen. Hier decken sich die Sichtweisen wie auch mit den schwedischen Arbeitgeberverbänden: Die EU-Klima- und Umweltpolitik wird weitgehend begrüßt, aber der Fokus auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit darf dabei nicht verloren gehen. Es gibt sowohl in Schweden als auch bei der WKÖ konkrete Vorbehalte gegenüber Überregulierung und Inkonsistenz der Bestimmungen in den vielen Gesetzesvorlagen zum European Green Deal. Beide verfolgen pragmatische Ansätze.

Spanien im Anflug

Am 1. Juli 2023 übernimmt Spanien den EU-Vorsitz. Schon alleine aufgrund der Geographie und Geschichte des Landes werden Freihandelsabkommen – Mercosur als Stichwort – eine wichtige Rolle spielen. Die Umweltpolitische Abteilung wird in den nächsten Monaten ihr europäisches Netzwerk in Richtung Madrid erweitern. Auch wenn die jeweiligen Ratspräsidentschaften über ihre Vermittlerrolle als „ehrliche Makler“ kaum hinauskommen, so haben sie doch den jeweils besten Einblick bei der Gestaltung der politischen Dossiers auf EU-Ebene.

Timing zählt

Es gehört zur effektiven Interessenvertretung, zum richtigen Zeitpunkt mit den relevanten Akteuren zu sprechen. Das EU-Hauptstadtnetzwerk der WKÖ, koordiniert durch die EU-Abteilung und unterstützt durch das Vor-Ort-Know-how der Wirtschaftsdelegiert:innen und ihren Teams, leistet neben der EU Representation der WKÖ in Brüssel einen wichtigen Beitrag bei der interessenspolitischen Vertretung unserer Mitgliederinteressen. ●



Mag. Matthias Koch (WKÖ EUPOL)
matthias.koch@wko.at

